



Jürgen Peters
Erster Vorsitzender der IG Metall

Engagement macht stark: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

1. Zentrale Tagung für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

Sprockhövel, 24.04.2007

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Engagement macht stark

Kolleginnen und Kollegen,

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“

Dieses bekannte Wort von Erich Kästner könnte auch das Motto für diese zweitägige Tagung für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit sein.

Alle die hier sitzen haben in den letzten Jahren viel getan.

Ihr packt an!

Ihr habt Verantwortung übernommen.

Und ich bin sicher:

Ihr werdet euch auch weiterhin einmischen!

Für die IG Metall!

Für unsere Mitglieder!

Und für die Menschen in unserem Land.

Ihr engagiert euch in Erwerbsloseninitiativen, bei der Betreuung von Betriebsratswahlen, in der Mitgliederwerbung und so weiter und so fort .

Ihr organisiert politische Veranstaltungen, Demonstrationen, streitet für soziale Gerechtigkeit und mehr Arbeit.

Kurzum:

Ihr seid der Beleg dafür, dass es in unserer Gesellschaft viel mehr Gutes gibt, als man bei einem täglichen Blick in die Zeitungen oder den sonntäglichen Talkshowrunden manchmal meinen könnte.

Dort lesen oder hören wir immer wieder:

„Man sollte, man müsste, man hätte sollen“.

Da gibt es viele Neunmalkluge, die vermeintlich gute Ratschläge parat haben.

Aber ich habe manchmal Zweifel, ob diese ihre eigenen Ratschlägen selbst so recht befolgen.

Dann müsste es nämlich heißen:

„Ich tue, ich werde das tun, ich habe das gemacht.“

Kolleginnen und Kollegen,

im Gegensatz zu den Stammgästen der Talkshowrunden könnt ihr das mit Stolz von euch behaupten.

Ihr handelt!

Und dieses Engagement stärkt die Substanz unserer Organisation.

Weil so Zusammenhalt neu geschaffen wird!

Teilhabe eröffnet und auch Orientierung neu geboten wird.

Und dafür danke ich euch sehr herzlich!

Kolleginnen und Kollegen,

hinter den gut 530 000 IG Metall Mitgliedern, die im Ruhestand sind und hinter den knapp 260 000 Mitgliedern, die erwerbslos sind verbirgt sich ein enormes Potenzial an erfahrenen und engagierten Menschen.

Sie wollen ihre Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen.

Für die Gesellschaft im Allgemeinen und für die IG Metall im Besonderen.

Die Frage, wie wir als Organisation dieses Potenzial nutzen können, noch besser nutzen wollen, wird - das muss ich ein Stück weit selbstkritisch sagen - viel zu selten gestellt.

Die Erkenntnis der zunehmenden Bedeutung dieses Potentials hat noch nicht vollständig unsere Organisation durchdrungen.

Da gibt es viele Begründungen. Eine ist sicher:

Erwerbslosenpolitik und Seniorenpolitik gehören eben nicht zu den traditionellen Feldern der Gewerkschaftsarbeit.

Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit ist nun mal der Betrieb. Da wird sich auch so schnell nichts dran ändern.

Der Betrieb - die Interessenlagen von Kapital und Arbeit bleiben der Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Überlegungen und Politik.

Aber ich finde es gut, dass wir in diesen Tagen zur ersten AGA-Konferenz zusammengekommen sind um darüber zu beraten, wie wir die Interessen der Erwerbslosen und Rentner noch stärker in unsere Politik einbeziehen können als wir das bisher ohnehin getan haben.

Denn der Vorwurf - der mir manchmal begegnet - wir würden uns nicht für Erwerbslose und Rentnerinnen und Rentner engagieren ist - so glaube ich - nicht berechtigt. Jedenfalls nicht, was die gesamte Organisation angeht.

Im Gegenteil:

In der Tarifpolitik, in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik haben eure Interessen schon immer eine Rolle gespielt.

Aber auch in übergreifenden gesellschaftspolitischen Themen, wie zum Beispiel bei der Frage der Verteilungsgerechtigkeit oder der Generationensolidarität.

Bei all diesen Themen haben wir nicht nur die Arbeitsplatzbesitzer im Blick sondern mindestens genauso die Erwerbslosen und die Rentnerinnen und Rentner.

2. Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich das an einigen zentralen Themen, die für Erwerbslose und Rentnerinnen und Rentner besonders wichtig sind, deutlich machen.

Das größte Problem in unserem Land und persönlich für viele der heute Anwesenden ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.

Sie hat verheerende Auswirkungen.

Arbeitslosigkeit schwächt die Massenkaukraft und damit den Wirtschaftskreislauf.

Arbeitslosigkeit schwächt die öffentliche Hand und die sozialen Sicherungssysteme.

Sie trägt dazu bei, dass Einkommen auseinanderdriften.

Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur ein ökonomisches Problem:

Arbeitslosigkeit frustriert die betroffenen Menschen.

Massenarbeitslosigkeit ist Massenwürdelosigkeit.

Und zudem macht sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung erpressbar.

Aus all diesen Gründen haben wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein großes Interesse, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit allen Konsequenzen zu führen.

Kolleginnen und Kollegen,

das wichtigste Anliegen der Rentnerinnen und Rentner ist die Sicherung ihres Lebensstandards.

Hier spielt vor allem die Altersrente eine überragende Rolle.

Anderer zentrale Bereiche für die Seniorinnen und Senioren sind die Gesundheitspolitik und das Thema „Pflege im Alter“

Die Lebensqualität der Menschen wird maßgeblich durch ihren Gesundheitszustand beeinflusst.

Das betrifft vor allem auch die älteren Menschen in unserer Gesellschaft.

Natürlich kann Älterwerden nicht zwangsläufig mit Krankheit gleichgesetzt werden.

Aber es ist so, dass sie in der Regel häufiger und länger krank sind als jüngere.

Die IG Metall will, dass die Menschen in Würde alt werden.

Das heißt:

Sie brauchen mindestens eine gesicherte materielle Existenzgrundlage!

Und sie brauchen gut funktionierende Gesundheits- und Pflegesysteme.

Kolleginnen und Kollegen,

Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssystem - das waren in den letzten Jahren zentrale politische Themen der IG Metall.

Wir haben in unserem Arbeitnehmerbegehren für eine andere, wirtschaftlich effektivere und sozial gerechtere Politik für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit geworben.

Wir wollen, dass die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpft wird!

Dafür brauchen wir mehr Kaufkraft, Innovationen und Flexibilität.

Deutschland gewinnt den Wettbewerb nicht durch einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne, längsten Arbeitszeiten und schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Deutschland gewinnt den Wettbewerb auch nicht durch Steuergeschenke für Kapitalgesellschaften und Reiche.

Wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik - einen aktiven Staat!

Das ist der Kern einer neuen sozialen Politik, die Massenarbeitslosigkeit überwinden hilft.

Statt Konjunktur und öffentliche Einrichtungen kaputt zu sparen, brauchen wir die Ausweitung öffentlicher Investitionen.

In Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Kommunikation, Personenverkehr und Umweltschutz.

Dies stärkt die Binnennachfrage, schafft Arbeitsplätze und verbessert die Lebensqualität der Menschen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen ein Innovationskonzept.

Die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitsplätzen entscheidet sich nicht zuletzt durch die Fähigkeit zu Innovationen.

Darum brauchen wir verstärkte private und öffentliche Investitionen!

Zur Steigerung der wirtschaftlichen und sozialen Innovationsfähigkeit.

Die Ausgaben von Bund und Ländern in Forschung, Entwicklung und Hochschulen, aber auch in Vorschulen und Schulen müssen deutlich erhöht werden.

Lebensbegleitendes Lernen und berufliche Weiterbildung sind gesetzlich zu verankern.

Und wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Was wir nicht brauchen, sind Niedriglöhne und absurde Zumutbarkeitsregelungen, die schuldlos arbeitslos gewordene Menschen für ihr Schicksal bestrafen und entwürdigen.

Darum:

Hartz-IV ist grundlegend zu korrigieren!

Arbeitslose dürfen nicht in ungeschützte und unterbezahlte Arbeit abgedrängt werden.

Tarifliche Löhne müssen zu Kriterien zumutbarer Arbeit werden.

Die materielle Absicherung Arbeitsloser muss verbessert werden.

Die vorherige Versicherungsdauer sollte Einfluss auf die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I haben.

Außerdem sind die Regelsätze bei Alg II deutlich zu erhöhen.

Wir wollen, dass Arbeitslosigkeit bekämpft wird und nicht der Arbeitslose!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum zweiten Themenschwerpunkt:

Wir wollen, dass die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig sind!

Heute stehen sie unter massivem Druck!

Und bieten weniger soziale Sicherheit denn je!

Die Politik hat auf massive Zusatzbelastungen der Versicherten gesetzt!

Um Lohnnebenkosten zu senken und die Arbeitgeber zu entlasten.

Für die Arbeitnehmer sinkt dadurch vielfach das Sicherungsniveau!

Bei steigenden Belastungen!

Die Absicherung von Lebensrisiken soll zur Privatsache werden!

Das ist der Abschied vom Solidargedanken.

Wir wollen mehr - nicht weniger Solidarität!

In der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung!

Wir standen in den letzten Monaten in einer intensiven gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung.

In der Auseinandersetzung um die Rente mit 67.

Doch die Kämpfe um die Alterssicherung haben nicht erst mit diesen Aktionen gegen die Rente mit 67 begonnen.

Bereits 1996 unter der Regierung Helmut Kohls wurden drastische Einschnitte im Rentenrecht geplant und auch umgesetzt.

Kolleginnen und Kollegen,

Ihr erinnert Euch:

Nicht nur die Lohnfortzahlung, sondern auch die Rentenpläne der Kohl-Regierung mobilisierten Hunderttausende auf die Straßen.

Und wir trugen durch die Massendemonstration dazu bei, die damalige Kohlregierung abzulösen.

Und tatsächlich:

Nach 1998 wurde der sogenannte demografische Faktor abgeschafft, der das Rentenniveau drastisch gesenkt hätte.

Aber kaum ein Jahr später kam es noch dicker:

Riesterrente und Nachhaltigkeitsfaktor waren die Stichworte.

Noch weniger Rente als unter Norbert Blüm.

Und:

Die Berufsunfähigkeitsrenten wurden abgeschafft, der Zugang zur Erwerbsminderungsrenten erschwert, Ausbildungszeiten wurden geringer bewertet und so weiter und so fort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bereits damals ging es nicht nur um Rentenkürzung.

Es ging um einen Umbau. - Um den Umbau vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat.

Die umlagefinanzierte Rente soll eine immer geringere Rolle spielen. Gleichzeitig sollen kapitalgedeckte Systeme ausgebaut werden.

Das freut nicht nur die Arbeitgeber.

Das freut die Banken und Versicherungen.

Diese Politik wurde unter Rot-Grün eingeleitet.

Und Schwarz-Rot ist keinen Deut besser.

Im Gegenteil!

Diese Politik wird fortgeführt und verschärft.

Nichts anderes ist die Rente mit 67.

Sie ist eine nochmalige weitere Rentenkürzung.

Sie zwingt noch mehr Menschen, sich zusätzlich privat zu versichern.

Und diejenigen die sich das nicht leisten können, schauen in die Röhre!

Heute bekommt ein Durchschnittsverdiener nach 40 Versicherungsjahren noch knapp 950 Euro Rente ausgezahlt, wenn er mit 65 in Rente geht.

Wegen der Gesetze von Rot-Grün bekommt eine Kollege unter gleichen Bedingungen im Jahr 2029 nach heutigen Werten nur noch rund 750 Euro.

Und nun kommt noch die Rente mit 67 oben drauf.

Das bedeutet:

Noch mal monatlich 50 Euro weniger.

Kolleginnen und Kollegen,

diejenigen, die das beschlossen haben, können vielleicht auf 50 Euro verzichten.

Aber nicht diejenigen, die von 750 Euro im Monat leben müssen!

Und deshalb sagen wir:

Die Rente mit 67 war und bleibt eine fatale sozialpolitische Fehlentscheidung.

Eine Fehlentscheidung zu Lasten von Millionen Rentnerinnen und Rentnern, die ihr Leben lang in die Sozialkassen eingezahlt haben.

Und deswegen werden wir nicht unseren Frieden mit der Rente mit 67 machen!

Heute nicht und auch nicht morgen!

Kolleginnen und Kollegen,

glaubt man der Regierung, dann liegt alles an der Altersentwicklung.

Wir werden immer älter, die Geburtenrate ist niedrig.

Wer soll das bezahlen, heißt es immer wieder, wenn es um die Alterssicherung geht.

Immer wieder die gleiche Leier.

Dabei wissen wir: Die Alterung der Gesellschaft ist keine neue Entwicklung.

1950 kamen noch knapp sieben 15 bis 65Jährige auf einen über 65Jährigen.

1970 waren es nur noch viereinhalb.

Dennoch: In dieser Zeit wurde die gesetzliche Rentenversicherung aufgebaut und das Sicherungsniveau ausgebaut.

Heute soll eine wesentlich geringere Alterung dazu herhalten, Grundpfeiler des Sozialstaates einzureißen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir haben gut daran getan, dies nicht hinzunehmen.

Über 220 000 Kolleginnen und Kollegen hatten bereits am 21. Oktober letzten Jahres gegen die Politik der Großen Koalition demonstriert. Anfang dieses Jahres haben sogar über 300 000 gegen die Rentenpläne der Regierung demonstriert und an Aktivitäten während der Arbeitszeit teilgenommen.

Wir waren ein entscheidender politischer Akteur für den Erhalt des Sozialstaates.

Auch wenn die Große Koalition ihr Gesetzgebungsvorhaben durchgezogen hat:

Wir gehen stolz aus dieser Auseinandersetzung hervor.

Wir werden weiterhin unsere Alternativen zum Thema machen.

Die Debatte um die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit um 2009 ist ebenso wenig vom Tisch, wie unsere Vorstellung für einen verbesserten Zugang zur Erwerbsminderungsrente.

Wir werden nicht locker lassen und unsere Alternativvorstellungen weiterhin in die öffentliche Auseinandersetzung bringen.

Aber klar ist auch, dass alleine diese beiden Punkte nicht ausreichen, solange es bei der Rente mit 67 bleibt.

Die Große Koalition hat erklärt, dass sie selbst die Rente mit 67 im Jahr 2010 auf den Prüfstand stellen wird.

Wir werden sie entsprechend beim Wort nehmen.

Wir werden die Auseinandersetzung um die Zukunft der Alterssicherung weiter führen.

Wir werden die verschiedenen Kommunal- und Landtagswahlen und auch die Europawahl und die Bundestagswahl zum Anlass für weitere Aktivitäten nehmen.

Wir werden die Rente mit 67 und unsere grundlegenden Alternativen weiterhin zum Gegenstand der öffentlichen Debatten machen.

Wir wollen einen flexibilisierten Ausstieg bis 65, statt der Rente mit 67.

Deswegen fordern wir den erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente.

Wir wollen die Verlängerung der Altersteilzeitregelung.

Und wir fordern, dass alle, die ihre 40 Versicherungsjahre einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit zusammen haben, ohne Abschläge in den Ruhestand gehen dürfen!

Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen auch alle Erwerbstätigen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren.

Es ist nicht einzusehen, warum beispielsweise Ärzte, Rechtsanwälte und Apotheker in privilegierten Versorgungswerken versichert sind.

Es ist auch nicht einzusehen, warum Selbstständige, Beamte oder auch Parlamentarier nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen.

Unser Vorschlag der Erwerbstätigenversicherung führt zu einer nachhaltigeren Finanzierung, ist gerechter und ergiebiger.

Kolleginnen und Kollegen,

Das alles zeigt:

Wir haben Alternativen.

Es reicht aber nicht, Recht zu haben, wir müssen unser Recht auch durchsetzen.

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben uns hier gezeigt:

Wir werden einen langen Atem brauchen.

Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich an dieser Stelle etwas zu einem Thema sagen, dass den Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland unter den Nägeln brennt.

Ich meine die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West.

Viele fordern die IG Metall auf, dass wir uns dieses Themas stärker annehmen.

Grundsätzlich gilt:

Die IG Metall strebt gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands an.

Das heißt:

Wir wollen auch die unterschiedliche Berechnung der Rentenansprüche in den alten und neuen Bundesländern überwinden.

Bisher setzt die IG Metall dabei darauf, den Weg voranzutreiben, den das Rentenrecht zur systematischen Angleichung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West vorsieht.

Über die Angleichung der Lohn- und Gehaltsbedingungen.

Über den Abbau der Arbeitslosigkeit!

Und über eine bessere Absicherung von Langzeitarbeitslosigkeit!

Nur so lässt sich eine systematisch verträgliche Angleichung der aktuellen Rentenwerte verwirklichen.

Denn die Rentenformel ist so aufgebaut, dass die Rentnerinnen und Rentner in Ost und West an der Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards teilhaben.

Dies sichert der aktuelle Rentenwert, der sich an der aktuellen Lohn- und Gehaltssituation der versicherungspflichtig Beschäftigten orientiert.

Das heißt:

Solange die Einkommensverhältnisse zwischen den alten und neuen Bundesländern auseinander liegen, würde sich eine sofortige Angleichung der Rentenwerte nur auf zwei Wegen erreichen lassen:

Erstens:

Das Rentenniveau für alle wird abgesenkt.

Aus dem vorhanden Beitragsaufkommen könnte nur so ein gleich hoher Rentenwert finanziert werden.

Das dieser Weg ausscheidet, liegt auf der Hand.

Die zweite Möglichkeit wäre, die Beiträge zu erhöhen oder noch mehr Steuermittel für die Rentenversicherung aufzubringen.

Aber auch hier gibt es Einwände dagegen, die nicht von der Hand zu weisen sind.

Würde eine sofortige Angleichung im Rentenwert erreicht, ohne dass in gleicher Weise die Löhne und Gehälter steigen, wäre das nicht gerecht gegenüber den Beitragszahlern.

Und hier insbesondere gegenüber denen in den neuen Bundesländern.

Denn sie müssten die Renten mit ihren Beiträgen, die dann um ca. 0,6 Prozentpunkte ansteigen würden, bezahlen.

Auch eine höhere Steuerfinanzierung ist problematisch.

Aufgrund der aktuellen Finanzlage der öffentlichen Haushalte wäre das wahrscheinlich nur mit einer Steuererhöhung möglich.

Und die müsste man gegenüber den Steuerzahlern schon sehr gut rechtfertigen.

Das dürfte vor dem Hintergrund, dass der durchschnittliche Ost-Rentner heute deutlich mehr Rente bezieht als der durchschnittliche West-Rentner, eine schwierige Aufgabe sein.

Sozialpolitisch gibt es da keinen Rückstand, den es durch eine beschleunigte Rentenwert-Angleichung aus Steuermitteln auszugleichen gilt.

Kolleginnen und Kollegen,

mir ist bewusst, dass unsere bisherige Position für viele Betroffene als nicht befriedigend empfunden wird.

Wir nehmen das sehr ernst.

Darum suchen wir zur Zeit gemeinsam im DGB nach Alternativen.

Nach Alternativen, die einerseits die berechtigten Anliegen der Rentner aufgreifen und andererseits nicht an anderer Stelle zu neuen Ungerechtigkeiten führen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen aber nicht nur die Rentenversicherung sozial gerecht weiterentwickeln.

Wir haben auch unsere Vorstellungen zur Reform der Gesundheits- und Pflegeversicherung in die politische Debatte eingebracht.

Wir wollen, dass diese Systeme nachhaltig gesichert werden und hohe qualitative Leistungen erbringen können.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch Selbstständige, Freiberufler, Parlamentarier und Beamte sollen in die Solidarsysteme einbezogen werden.

Die Beiträge sollen nach finanzieller Leistungsfähigkeit bemessen werden.

Darum wollen wir in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung.

Versicherungsbeiträge sollen in diesen Versicherungszweigen zudem auch auf alle anderen Einnahmearten erhoben werden:

Vor allem aus Einkommen aus großen Geld- und Kapitalvermögen.

Die Mehreinnahmen sollten für die Wiederaufnahme von Zahnersatz und Krankengeld in den Leistungskatalog und die Entlastung der Beitragssätze verwendet werden.

3. Tarifrunde

Kolleginnen und Kollegen,

auch die aktuelle Tarifrunde ist von enormer Bedeutung für Rentnerinnen und Rentner und für Erwerbslose.

Erstens, weil die Rentenhöhe an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gekoppelt ist.

Zweitens, weil wir mehr Kaufkraft brauchen um der lahmenden Binnenkonjunktur Schwung zu geben und Arbeitslosigkeit abzubauen.

Ihr kennt unsere Forderung:

Wir wollen 6,5 Prozent mehr Geld.

Diese 6,5 Prozent sind ein ehrgeiziges und gleichzeitig realistisches Ziel.

Die Wachstumsaussichten der Wirtschaft sind heute glänzend.

Es gilt sich zu erinnern:

Letztes Jahr wurde noch mit einer massiven Abschwächung des Wachstums für 2007 gerechnet.

Pessimismus bestimmte die Erwartungen.

Davon spricht heute niemand mehr.

Heute kommen selbst die Arbeitgeber nicht mehr umhin, die glänzende Geschäftslage zu bestätigen.

Seit Aufstellung unserer Tarifforderung haben einige Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für 2007 sogar noch mal angehoben.

Es besteht die realistische Chance auf einen sich selbst tragenden Aufschwung.

Ich denke, in den Tarifaueinandersetzungen wird über die Zukunft dieses Aufschwungs entschieden.

Die Bedingungen hierfür sind vor allem steigende Einkommen.

„Lohnzurückhaltung lohnt sich nicht!“

Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie des Instituts für Markoökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Diese Studie sollte alle zum Nachdenken anregen.

Die schwache Lohnentwicklung hat in den vergangenen zehn Jahren knapp 600.000 Arbeitsplätze gekostet.

Natürlich, schwach steigende Löhne haben dem einzelnen Unternehmen zunächst eine Ersparnis gebracht.

Tatsächlich haben aber auch die Arbeitgeber diese Lohnzurückhaltung teuer bezahlt.

Über 60 Prozent der gesamten Nachfrage entsteht bei den privaten Haushalten.

Wenn der private Konsum stagniert, dann kann die Wirtschaft nicht von der Stelle kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist jetzt an der Zeit, eine verteilungspolitische Wende einzuleiten.

In dieser Tarifaueinandersetzung wird auch über die soziale Gerechtigkeit in diesem Land entschieden.

Andere Branchen wie die Chemieindustrie und das Bauhauptgewerbe haben bereits Tarifabschlüsse erzielt.

Die Tendenz ist eindeutig – die Löhne steigen wieder und das zu Recht!

An diese Linie will die IG Metall anschließen.

Die dritte Verhandlungsrunde ist abgeschlossen.

Die Arbeitgeber haben offensichtlich aus der Vergangenheit gelernt.

Erstens haben sie diesmal relativ früh ein Angebot bzw. einen „Lösungsvorschlag“ vorgelegt.

Zweitens haben sie es verstanden, das Angebot für den schnellen Blick der Medien aufzupolieren.

Wir alle sind uns aber bewusst darüber, dass dieser „Lösungsvorschlag“ völlig unzureichend ist.

Zudem ist es den Arbeitgebern gelungen, viele Fallstricke in ihr Angebot zu verpacken.

Lohnerhöhungen müssen dauerhaft sein.

In den letzten Wochen haben wir hier bereits viel Aufklärungsarbeit sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Betrieben geleistet.

Mit dieser Arbeit dürfen wir nicht nachlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine Tarifaueinandersetzung ist niemals ein Selbstgänger.

Die Erwartungshaltung in den Belegschaften ist ungebrochen hoch.

Das gilt sowohl für den Kleinbetrieb bis hin zu den ganz Großen.

Der Metallindustrie geht es gut wie nie.

Die Auftragsbücher sind voll.

Die Kapazitäten sind ausgelastet.

Die Gewinne sprudeln.

Unsere Forderung ist für die Unternehmen der Branche finanzierbar!

Und dennoch zeigt der bisherige Verlauf der Verhandlungen, dass die Arbeitgeber ganz offensichtlich nicht bereit sind, uns etwas zu schenken.

Das wissen wir!

Das haben wir in der Vergangenheit gelernt.

Wir müssen uns unseren Anteil selber holen.

Es kommt jetzt darauf an, dass wir uns auf die nächsten Wochen gut vorbereiten.

Ich bin mir nahezu sicher:

Ohne ein deutliches Zeichen unserer Kampfbereitschaft werden die Arbeitgeber kein annehmbares Angebot vorlegen.

Wenn es denn notwendig sein sollte, muss mit der ersten Warnstreikwelle unser fester Wille und unsere Leidenschaft unter Beweis gestellt werden.

Ich bin mir sicher, dass unsere Kolleginnen und Kollegen genau dieses von uns erwarten.

Lasst uns alle gemeinsam diese Tarifauseinandersetzung zu einem Erfolg der IG Metall machen!

Ich weiß, dass ich dabei auch auf eure Unterstützung zählen kann!

4. Schluss

Kolleginnen und Kollegen,

ich habe versucht deutlich zu machen, dass wir bei unserer Politik sowohl die Interessen der Rentnerinnen und Rentner als auch der Erwerbslosen vertreten.

Ich habe deutlich gemacht, dass wir für unsere Alternativen zur neoliberalen Politik werben.

Wir haben mit Verbündeten für Demonstrationen mobilisiert.

Weil wir wissen:

Eine andere Politik kommt nicht von alleine.

Druck aus der Gesellschaft ist unverzichtbar.

Gerade von Euch haben wir dabei große Unterstützung erhalten.

Auf euch kann man sich verlassen.

Und ich bitte Euch, mit Eurem Engagement nicht nachzulassen.

Ihr seid unverzichtbar für unsere IG Metall!

Wegen eurer Erfahrung!

Wegen eurer Qualifikationen!

Und weil wir schlicht und einfach eine gemeinsame IG Metall sind!

Wir brauchen alle, die bereit sind, sich zu engagieren!

Denn wir haben noch einen weiten Weg vor uns, bis wir unser Ziel erreicht haben!

Mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!